

Umfrage zu Folgen des Ukraine-Krieges für die Berliner Wirtschaft: 54 Prozent der Unternehmen direkt oder indirekt betroffen



Der Krieg verstärkt den schon zu Jahresbeginn deutlichen konjunkturellen Gegenwind erheblich. Knapp 20 Prozent der Unternehmen sind direkt von Sanktionen betroffen. 54 Prozent leiden unter steigenden Rohstoffpreisen oder Problemen bei Lieferketten. 28 Prozent der Betriebe sehen zwar aktuell keinen Einfluss des Krieges auf ihr Geschäft, rechnen damit jedoch in naher Zukunft. Mehr als die Hälfte der aktuell befragten Unternehmen sieht keine andere Möglichkeit die Steigerungen der Einkaufspreise zu bewältigen, als diese an die Kunden weiterzugeben. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) und der IHK Berlin.

Insgesamt jedes fünfte Unternehmen muss seine Geschäfte wegen der zunehmenden Handelshemmnisse einschränken oder wird dies demnächst tun.

Belastend sind vor allem die steigenden Kosten für Energie und Rohstoffe. Laut der aktuell vorliegenden Umfrage kommt ein Drittel der Unternehmen überhaupt nicht mehr an benötigte Rohstoffe oder erwartet dies in den kommenden Wochen. Ebenfalls ein Drittel fürchtet den Verlust von Geschäftspartnern oder erlebt diesen bereits.

Besonders hart ist hier die Industrie getroffen, wo 43 Prozent der Betriebe Geschäftspartner verlieren oder dies in nächster Zukunft fürchten; bei den Dienstleistungsunternehmen ist jedes dritte Unternehmen davon betroffen, etwa bei IT-Dienstleistungen (Outsourcing). Rund jedes zweite betroffene Unternehmen kann die gestiegenen Kosten nicht anders als durch Preissteigerungen seinerseits kompensieren. Die bereits hohe Inflation wird damit erneut einen Schub erhalten. In der Mobilitätsbranche plant demnach ein Viertel der Unternehmen Preiserhöhungen oder setzt diese bereits um, in der Industrie sind es 72 Prozent

der Betriebe. Jedes vierte Unternehmen hält derzeit Investitionen zurück, jedes fünfte denkt über Personalanpassungen nach, ebenso viele werden ihre Lagerhaltung erhöhen. 17 Prozent der Unternehmen machen sich auf die Suche nach neuen Lieferanten. Immerhin 15 Prozent wollen verstärkt auf erneuerbare Energien setzen, um weniger abhängig von Gas und Öl zu werden. Jan Eder, Hauptgeschäftsführer IHK Berlin: „Die Menschen in der Ukraine müssen Furchtbares erleiden und es muss alles politisch Mögliche getan werden, diesen Krieg zu beenden.

Wirtschaftssanktionen gehören dazu und die Unternehmen sind bereit, diese Last zu schultern.

Fakt ist aber auch: Unsere Gesellschaft steht vor schwierigen Aufgaben – dafür brauchen wir eine starke Wirtschaft, die insbesondere den Belastungen rasant steigender Energie- und Rohstoffpreise standhält. Die Versorgungssicherheit ist deshalb unbedingt zu gewährleisten. Dafür müssen die Kapazitäten erneuerbarer Energien schnell ausgebaut, energieeffiziente Technologien müssen gefördert und weiterentwickelt werden. Inwieweit bestehende konventionelle Stromerzeugungstechnologien länger zu nutzen sind, muss geprüft werden.“

Dabei war die Berliner Wirtschaft schon vor Kriegsbeginn mit zunehmenden internationalen

Handelshemmnissen konfrontiert, wie die jährliche IHK-Außenwirtschaftsumfrage belegt. Diese wurde Mitte Februar durchgeführt. Demnach konstatierten 47 Prozent der Unternehmen Schwierigkeiten im internationalen Geschäft, vor allem bei Logistik und Lieferketten. Und bereits vor dem Angriff auf die Ukraine wurden die Perspektiven für das Russland-Geschäft von international tätigen Berliner Unternehmen sehr pessimistisch beurteilt: Nur drei Prozent der Russland-aktiven Unternehmen hatten seinerzeit eine Verbesserung ihres Geschäfts dort erwartet, 38 Prozent hingegen eine Geschäftsverschlechterung vorausgesehen.

Insgesamt haben sich 242 Berliner Unternehmen im März an der DIHK-IHK-Blitzumfrage zu den Folgen des Ukraine-Kriegs für die Berliner Wirtschaft beteiligt. An der Außenwirtschaftsumfrage der IHK Berlin im Februar haben sich 140 Berliner Unternehmen beteiligt.